



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Brief an STERN vom 18.7.2011

Sehr geehrte Stern-Redaktion,

im Namen der Marburger Bürgerinitiative bi-gegen-bordell.de schlage ich Ihnen zur Füllung Ihres „Sommerlochs“ – und nicht nur dafür – folgendes Thema vor:

„Menschenverachtung / Frauenverachtung, Brutalität, psychische und physische Gewalt in den heute in Bordellen / Laufhäusern praktizierten sexuellen Dienstleistungen und die fahrlässige Gleichgültigkeit weiter politischer und gesellschaftlicher Kreise, für die heutige Prostitution unhinterfragt gesellschaftsfähig ist“

Begründung: Seit dem neuen Prostitutionsgesetz vom Januar 2002 hat die Anzahl der neuen Prostitutionsstätten in Deutschland inflationsartig zugenommen. Das Gesetz sollte die soziale Situation der Prostituierten verbessern, hat dies Ziel aber weitgehend verfehlt. Die Möglichkeit der Sozialversicherung wird von den Frauen nicht wahrgenommen, die Aufhebung der Sittenwidrigkeit (u.a. können Prostituierte nun ihnen verweigerten Lohn einklagen) hat keine praktischen Konsequenzen, und eine Entstigmatisierung der in der Prostitution arbeitenden Frauen lässt sich nicht nachweisen.

Statt dessen gibt es für Polizei, Ordnungs- und Gesundheitsämter nur noch stark eingeschränkte Kontrollmöglichkeiten, so daß die tatsächlichen Abhängigkeiten und die gewalthaften und ausbeuterischen Verhältnisse, denen die betroffenen Frauen durch Bordellbetreiber und Freier ausgesetzt sind, weitgehend unbeachtet und vor allem ungeahndet bleiben. (Im Übrigen sind mittlerweile z.B. in Frankfurt ca. 90 % der Prostituierten Ausländerinnen, zum großen Teil ohne qualifizierte Deutschkenntnisse und schon von daher fast ungeschützt.)

Das Thema Prostitution wird zwar in den Medien immer wieder aufgegriffen, auch im Hinblick auf die mit dem Rotlichtmilieu verbundene Organisierte Kriminalität, allerdings fehlt die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit dem, was ganz praktisch von Freiern verlangt und von den Frauen wegen deren Abhängigkeit von den Bordellbetreibern und wegen des zunehmenden Konkurrenzdrucks geleistet werden muss.

Politische Verantwortungsträger entziehen sich der Beschäftigung mit der Konkretion der heutigen Verhältnisse in der Prostitution. In einem Schreiben an alle Innenministerien der einzelnen Bundesländer hat die Marburger Bürgerinitiative vor ca. einem halben Jahr auf die o.g. Mißstände hingewiesen und eine Modifizierung des ProstG gefordert. Die von den Ministerien ins Auge gefaßte Konzessionierung der Bordelle kann die Mißstände nicht beheben. Gerne werden Bordellbetreiber z.B. hygienische Standards einhalten; auf das, was in den Zimmern konkret geschieht, hat eine staatliche Konzessionierung keinen Zugriff. Wir haben auf unsere Einlassung von keinem Ministerium irgendeine Antwort bekommen.

Berechtigte Einwände der Marburger BI, die sich im Jahr 2005 gegen die Einrichtung eines neuen Großbordells mit Laufhaus in Marburg richteten (das war der Anlaß zur Begründung unserer Bürgerinitiative) wurden von den lokalen politischen Verantwortungsträgern sowie unseren Landtags- und Bundestagsabgeordneten (alle SPD) mit Diffamierungen unserer BI beantwortet. Auf unsere Argumentation gegen die Ausdehnung des Rotlichtmilieus in Marburg und auf die Argumente bekannter Fachleute, die wir zu Aufklärungsveranstaltungen eingeladen hatten, gingen die für die Genehmigung des Bordells Zuständigen nicht ein. Wir konnten durch einen Baustopp eine Verzögerung der Eröffnung des Bordells erreichen; die Betreiber hatten monatelang ohne Baugenehmigung mit Wissen der städtischen Verantwortlichen ein Gebäude zum Bordell umgebaut. Auf unseren öffentlich gemachten Baustopp Antrag hin mußten die Arbeiten eingestellt werden: Die Stadt reagierte in der Lokalzeitung, indem sie den Baustopp als von ihr initiiert darstellte.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die SEHR bemerkenswerten Umstände bzgl. der Genehmigung des Marburger Laufhauses auf unsere Website www.bi-gegen-bordell.de. Unter dem Kapitel „Historie“ haben wir diese Vorgänge chronologisch dokumentiert. Wir fügen einen vor Kurzem in unserer Lokalzeitung veröffentlichten Leserbrief unserer BI bei, der sich in Teilen auch auf die Marburger Verhältnisse beziehen könnte: Marburg ist Sitz der Deutschen Vermögensverwaltung; es entsteht zur Zeit ein schon länger geplantes großes Tagungs- und Kongreßzentrum in unserer finanzschwachen Stadt; der in Marburg wohnende Dr. Reinfried Pohl ist Ehrenbürger der Stadt Marburg, Ehrendoktor der Philipps-Universität, an der er zwei Stiftungsprofessuren finanziert, er ist Inhaber zahlreicher Immobilien in unserer Stadt. (Die Geschichte um die Genehmigung des neuen Großbordells in Marburg wäre sicherlich für investigative Journalisten eine interessante Aufgabe.)

Der Leserbrief zeigt aber auch auf, um was es unserer BI auch nach der Genehmigung des Marburger Bordells geht. Wir arbeiten überregional weiter, erfreulicherweise in einigen Fällen auch mit guter medialer Resonanz. Und: Wir konnten durch die Unterstützung anderer Bürgerinitiativen mit dazu beitragen, daß in anderen Orten neue Bordelle verhindert worden sind. Von daher ergreifen wir gerne die Gelegenheit, um u.U. auch den Stern von der Wichtigkeit unseres Anliegens zu überzeugen.

Aufgrund der in den letzten 6 Jahren in unserer BI gemachten Erfahrungen sind wir mehr denn je davon überzeugt, daß der politischen Arroganz und einer gewissen gesellschaftlichen Gleichgültigkeit nur mit bürgerlichem Engagement bzw. Widerstand aus der Zivilgesellschaft zu begegnen ist. Die Unterstützung der Medien kann zum Erfolg eines solchen bürgerlichen Aufbegehrens beitragen. Die neueste Zeitgeschichte bestätigt diese Erfahrung.

Wir würden uns daher freuen, wenn Sie unser Anliegen aufgreifen könnten und stehen Ihnen natürlich gerne für Rückfragen zur Verfügung.

Die Beschäftigung mit den Marburger Vorgängen ist juristisch brisant. Wir bitten Sie also, falls Sie sich zusätzlich damit beschäftigen würden, eine evtl. Veröffentlichung mit uns abzusprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Hauschildt-Schön

(Sprecherin der Marburger Bürgerinitiative www.bi-gegen-bordell.de)